

Wöchentliche



Zeitung

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Vellagen. Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

1704

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Vellagen. Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

In Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin.

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Kaiserbrief-Debatte im Unterhause.

Der Bericht des Hauptquartiers.

Meldung des Wollfischen Telegramm-Büros.

Großes Hauptquartier, 17. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein feindlicher Monitor beschuß Ostende und fügte der Bevölkerung erhebliche Verluste zu.

In den Kampfzonen war die Feuerfähigkeit nur in wenigen Abschnitten gesteigert. Neue Erkundungstätigkeit hielt an. Bei Abwehr stürmischer englischer Vorstöße nördlich von der Scarpe und bei Beaumont-Hamel sowie bei erfolgreichen eigenen Unternehmungen südlich von Arras machten wir Gefangene.

In der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Gestern wurden 18 feindliche Flugzeuge und 1 Fesselballon abgeschossen. Leutnant Loewenhardt errang seinen 22., Leutnant Windisch seinen 21. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Friedensziel-Erklärung Balfours

Drahtmeldung der „Wollfischen Zeitung“.

aus Rotterdam, 17. Mai.

In der gestrigen Unterhausdebatte der frühere Handelsminister Bunciman folgende Anfragen an die Regierung: Ob der Brief Kaiser Karls, der von der französischen Regierung dem englischen Premier mitgeteilt wurde, gleichzeitig auch zur Kenntnis der anderen Regierungen gebracht wurde? War die amerikanische Regierung benachrichtigt worden? Vergewisserte sich der Premier seinerzeit, daß auch der englische Minister des Äußeren Kenntnis von dem Brief bekam? Warum wurden die Unterhandlungen abgebrochen? Geschah dies nur aus Gründen, die sich auf Gebietsfragen bezogen, geschah es, weil Frankreich nicht nur Elsaß-Lothringen haben wollte, sondern die Grenzen von 1814 oder gar die Grenzen von 1790?

Der Minister des Äußeren Balfour antwortete: Die Fragen, die Bunciman stellt, werden natürlich das größte Interesse im Innern und Ausland erwecken. Wir haben noch nie zu irgendeiner Zeit derartige Unterhandlungen angebahnt und ebenso wenig jemals Unterhandlungen von der Hand genommen, die irgend ein anderes Volk gewünscht haben mag. Falls die Regierung einer der vorgelegten ernstlichen Vorschläge machen sollte, so sind wir bereit, sie anzunehmen. Es versteht sich von selbst, daß wir auf Unterhandlungen nicht eher eingehen werden, als bis unsere Bundesgenossen damit anverwandten sind.

Der Brief Kaiser Karls war ein Privatbrief, ein Brief des Kaisers an ein Familienmitglied geschrieben, worin dem französischen Präsidenten und dem französischen Premierminister unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit gewisse Mitteilungen gemacht wurden. Es war Bedingung, daß der Empfänger des Briefes keinem Menschen außer dem Präsidenten von Frankreich und dem König von England Mitteilungen machen durfte, so daß der Premier auch kein Recht hatte, dem Kabinett irgend etwas davon mitzuteilen. Unter dieser Bedingung wurde der Brief dem französischen Premierminister mitgeteilt. Ich (Balfour) befand mich zu dieser Zeit in Amerika.

Bunciman fragte ferner, ob Wilson von dem Brief Kenntnis hatte. Die amerikanische Regierung war damals nicht besser von der Tatsache unterrichtet als ich selbst. Wenn jemand aus diesem Grund heraus behaupten wollte, daß wir kein Vertrauen zu dem Präsidenten und der Regierung der Vereinigten Staaten haben, so ist das ein großer Irrtum. Wir Wilson haben wir kein Geheimnis. Es wäre England und Amerika ohne gegenseitiges Vertrauen nicht möglich, das große Werk, das sie unternommen haben, zu vollbringen, und die verwinkelten Fragen, die täglich verwickelter werden, zu entwirren.

Was die Stockholm-Konferenz anbelangt, glaubt Balfour nicht, daß diese zu einer Beendigung des Krieges geführt hätte. Die Haltung der englischen Regierung gegenüber der Konferenz habe in keiner Beziehung zu dem Briefe Kaiser Karls gestanden.

Bunciman hat ferner gefragt, so fuhr Balfour fort, warum diese Unterhandlungen abgebrochen wurden und ob dies geschah, weil die französische Regierung mit der Rückgewinnung des Elsaß-

Lothringen 1870 nicht zufrieden war, sondern ob es außerdem auch noch die Gebiete verlangte, die 1790 und 1814 zu Elsaß-Lothringen gehörten. Natürlich habe Bunciman bei dieser Frage auf den Besuch des Ministers Doumergues bei dem Baron im Frühjahr 1917 angepielt. „Es kann aber keine Rede davon sein, daß das vergrößerte Elsaß-Lothringen ein Kriegsziel der Alliierten ist. Doumergues Unterhandlungen mit dem Baron lernten wir erst viel später kennen. Sie haben einen internationalen Charakter. Sie verpflichten uns zu nichts und wir unterstützen eine derartige Aktion in keiner Weise. Es gibt keinen Vorschlag dieser Art, den wir jemals ernstlich erwogen haben.“ Balfour glaubt auch nicht, daß er jemals einen Bestandteil der auswärtigen Politik irgend einer französischen Regierung ausgemacht habe.

Der Abgeordnete Duthwaite verlangte Erklärungen über die Pressemeldungen, daß Poincaré den Brief Kaiser Karls mit dem Verlangen nach umfaßenderen Gebietsabtretungen beantwortet habe.

Balfour erwiderte: Die Besprechungen wurden nicht abgebrochen, weil Poincaré weitergehende Gebietsvergrößerungen verlangte. Die wahren Gründe des Abbruchs der Unterhandlungen werden wir vielleicht nie erfahren.

Balfour ist der Meinung, daß das Ganze ein Teil der Friedensoffensivplan gewesen sei, wobei durch eine Partei, die in Wirklichkeit den Frieden gar nicht wünscht, Friedensvorschläge eingeleitet werden, um die Feinde untereinander zu trennen.

Balfour glaubt, wie er wiederholt bemerkte, daß die Mittelmächte bisher noch keinen ernstlichen Versuch im Interesse des Friedens unternommen hätten, sondern immer das Ziel vor Augen hatten, die Alliierten untereinander zu entzweiten. „Es liegen jetzt keine Beweise, und es liegen niemals Beweise dafür vor“, sagte er, „daß deutsche Regierungen die Möglichkeit eines Friedens wirklich erwogen haben, eines Friedens, den wir einen gerechten Frieden nennen könnten, der die Freiheit der Welt sichern würde, die von deutscher Oberherrschaft befreit wird. Die Frage ist durch den französischen Kammerauschuss untersucht worden. England hat keine Einräumung von der Art des französischen Kammerauschusses. Diese französische Kommission kam zu dem Ergebnis, daß der Brief Kaiser Karls keine genaue und befriedigende Grundlage für einen ehrenvollen Frieden biete. Falls die Mitglieder der Kommission vorgeschlagene Wünsche gehabt hätten, dann könnten diese höchstens Augenblicke des Friedens gewesen sein, der den Franzosen Elsaß-Lothringen zurückgeben sollte.“

„Niemand wünscht stärker als die englische Regierung, den Krieg zu einem ehrenvollen Ende zu bringen. Wir und unsere Bundesgenossen kämpfen gegen die Mittelmächte, führen einen gerechten und schweren Kampf gegen die Mittelmächte, die, soviel ich beurteilen kann, zu keinem einzigen Zeitpunkt, und jetzt weniger als je zuvor, Schritte unternommen haben, um unseren gerechten Wünschen entgegenzukommen.“

Die Äußerungen Balfours lassen beinahe noch deutlicher als die bekannten Pariser Berichte des „Manchester Guardian“ über die Kaiserbriefe das Bestreben erkennen, den Eindruck einer Friedensbereitschaft Englands vor aller Welt hervorzurufen und die Schuld an dem Scheitern der Friedensmöglichkeiten von 1917 auf die Schalter Frankreichs zu laden. Das Gedächtnis der Welt ist so kurzlebig, die englische Kunst des Ueberzeugens und Ueberredens so stark entwickelt und wirkungsvoll, daß zu befürchten ist, die Welt werde auch diese Darstellungen gungläubig hinnehmen. Der Zweck der Mitteilungen des englischen Blattes und der Erklärungen des englischen Außenministers liegt ziemlich klar zutage: Englands angebliche Geneigtheit, jede halbwegs billige Friedensofferte in ernsthafte Erwägung zu ziehen, soll ebenso scharf betont werden, wie die Bündnistreue Englands, das sich berechtigten nationalen Forderungen Frankreichs nicht widersetzen wollte und konnte. Wenn nebenbei der Satz mit unterläuft, dem Kaiser Karl sowie den Mittelmächten im allgemeinen sei es mit Friedensbemühungen in Wirklichkeit gar nicht so ernst gewesen, so ist dies natürlich nur als eine für den heimischen Verbrauch berechnete Floskel zu bewerten. Ganz planmäßig wird durch solche Darstellungen die wirkliche, gegenwärtige englische Kriegspolitik verschleiert. Im Zusammenhang damit muß auf die Satzung hingewiesen werden, daß nicht Frankreich (wie jetzt wieder behauptet wird) die Pässe nach Stockholm verweigert hat, während England bereit gewesen ist, sie zu bewilligen, sondern daß die französische Regierung den Sozialisten die Pässe bereits ausgesetzt hatte, das Verprechen jedoch auf Betreiben Englands zurückziehen mußte.

Das unerlöste Tunis.

Von

C. H. Brattier.

Die Okkupation im tunesischen Hinterlande — so wurde dieser Tage schon zum zweitenmal innerhalb weniger Monate gemeldet — nimmt dauernd zu, namentlich in den an Tripolitanien grenzenden Gebieten. Die französische Regierung ist gezwungen, dort eine ziemlich hohe Anzahl Truppen zu unterhalten, um den Ausbruch offener Unruhen sowie ein Ueberpringen der nationalen Bewegung aus Tripolitanien nach dem französischen Tunisien zu verhindern. Die kleine Notiz ist in beiden Fällen ziemlich unbedeutend geblieben, ein Schicksal, das sie keineswegs verdient hat. Denn in ihren wenigen Zeilen birgt sich ein großes Vergangenheitsproblem, das bestimmt zu sein scheint, auch ein Zukunftsproblem zu werden.

Wie kurzlebig doch unser Gedächtnis ist! Wie selten unter uns ist es heute noch geläufig, daß in einer noch gar nicht so lange zurückliegenden Vergangenheit (es sind knapp vierzig Jahre her) die Tunisfrage beinahe einen Krieg entfesselt hätte, und daß sie den unmittelbaren Anlaß zum Entstehen des Dreibundes gegeben hat?

Der gegenwärtigen wie uns die internationale Lage um die Wende der sechziger und achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Zwischen Italien und Österreich herrschte infolge der italienischen Unruhen und der starken österreichischen Gegenmaßnahmen eine überaus gereizte, ja gefährliche Stimmung. Auch die Beziehungen Italiens zu Frankreich waren alles andere als herzlich. Der dritte Napoleon hatte sich mit der Umgestaltung von Tunis in eine italienische Kolonie einverstanden erklärt. Aber die liberale Republik, die dem Kaiserreich folgte, nahm sowohl in der Tunisfrage wie in den schwäbenden handelspolitischen Problemen eine sehr unfreundliche Haltung gegen Italien ein. Diese unwilligen sehr schroff sich äußernde Unfreundlichkeit machte sich für Italien als das empfindlichste im Jahre 1877 geltend, als die französische Kammer dem französisch-italienischen Handelsverträge die Zustimmung verweigerte, und dies in einer für Italien äußerst vorteilhaften, geradezu wegwerfenden Form. Die Haltung Englands gegenüber Italien war unter Lord Salisbury zum mindesten unklar, wenn nicht zweideutig. Italien stand also isoliert da, und die Vereinbarungen trat in der unsicheren, schwankenden, häufig widerspruchsvollen Haltung der italienischen Staatsmänner deutlich in die Erscheinung.

Die schwankende Politik der italienischen Kabinette hatte u. a. zur Folge, daß Italien eine sich ihm anbietende günstige Gelegenheit, sein Ansehen und sein Gebiet erheblich zu vergrößern, unbenutzt vorbegehen ließ. Diese Gelegenheit hieß Tunis. Schon im Jahre 1877, ein Jahr vor dem Berliner Kongreß, hatte Graf Androsch im Namen Bismarcks dem italienischen Botschafter in Wien, Grafen Robilant, eröffnet, daß Deutschland das Verzicht von Tunis durch Italien in keiner Weise hindern werde. Von Neß dieser deutschen Willen unbeeinträchtigt. Die Gelegenheit wiederholte sich im Verlaufe des Berliner Kongresses 1878. Damals machte der Staatssekretär Herr von Bülow der Welt im Auftrage Bismarcks dem Vertreter Italiens am Kongreß, dem Grafen Corti, in aller Form die Mitteilung, Deutschland wäre mit Vergnügen bereit, die Frage der Verzicht von Tunis durch Italien auf dem Kongreß zu vertreten. Graf Corti wies diesen neuerlichen Vorschlag mit der italienischen Frage zurück; ob denn Fürst Bismarck so großes Gewicht darauf lege, Italien in einen Krieg mit Frankreich zu verwickeln?

Damit hatte Italien den glänzenden Augenblick für eine weltausgehende Mittelmeerpolitik verstimmt und gleichzeitig wohlbegründete Ansprüche auf Tunis aufgegeben. Denn Italien hat unübergehbare Vermögensgegenstände in Tunis und seiner Geschichte ein altes Anrecht auf Tunis. Auch ein — wenn man so sagen darf — geographisches Recht; denn es ist längst festgestellt, daß dieser Teil der afrikanischen Nordküste ursprünglich mit Syrien ein zusammenhängendes Ganzes bildete, und daß Syrien und Tunis erst infolge willkürlicher Bodeneränderungen durch eine Meerenge (die Straße von Pantellaria) getrennt worden sind. Geschichtlich reichen die engen Beziehungen Italiens zu Tunis bis ins elfte Jahrhundert zurück. Im vierzehnten Jahrhundert hatten die Italiener, namentlich die Venezianer, den Handel von Tunis beinahe ganz in ihren Händen, und nach und nach entstand in diesem Teile Nordafrikas ein wirklichlich ganz von Italien beherrschtes Gebiet, das immer stärker von auswandernden Italienern bevölkert wurde. Strategisch wäre der Besitz von Tunis für Italien von nicht geringem Wert als politisch und wirtschaftlich; denn der Besitz des zu einem starken Reichthum ausgebauten Djerba hätte Italien in die Lage versetzt, sämtliche Durchfahrtsstraßen vom westlichen in das östliche Mittelmeer zu beherrschen. Tunis ist unersetzlich die logische Ergänzung zu Italien. Es hat heute 125 000 italienische gegen nur 40 000 französische Einwohner, und zwar sind die Italiener dort die eigentümlich produktiven Elemente; die Franzosen, die nach Tunis ausgewandert sind, sind fast ausschließlich Beamte, kleiner Mittelstand und Spekulanten jeder Art. Kulturell ist Tunis ganz und gar auf das italienische Element angewiesen.